

Die Entstehung der liechtensteinischen Parteien im mitteleuropäischen Demokratisierungsprozess

Helga Michalsky

Herrn Dr. Ivo Beck bin ich zu grossem Dank dafür verpflichtet, dass er mir die Briefe seines Vaters Dr. Wilhelm Beck an Alois Frick in Balzers zur Verfügung gestellt hat.

1. Einleitung

Die erste Parteigründung in Liechtenstein fällt in das Jahr 1918. In demselben Jahr wurde auch die zweite Partei gegründet, so dass wir von diesem Zeitpunkt an von einem Parteiensystem sprechen können. Damit ist Liechtenstein im Vergleich mit seinen Nachbarn, was das Parteiwesen angeht, ein Nachzügler.

Im Lande selbst führte schon Jahre vorher das Auftreten einer Oppositionsgruppe im Landtag, die sich öfter als «Partei» bezeichnete, zu heftigen Kontroversen über den Nutzen und Nachteil von Parteien für das politische Leben in Liechtenstein. Die Gegner erklärten Parteien in Liechtenstein für überflüssig – sie seien eine blosser Nachahmung ausländischer Verhältnisse. Vor allem aber müssten parteipolitische Auseinandersetzungen den inneren Frieden gefährden, weil angesichts der nachbarlichen, beruflichen, wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Verflechtung des in Frage kommenden Personenkreises die Grenzen zwischen Öffentlichem und Privatem, wie sie dem Parteiwesen in grossen Staaten eigen seien, nicht gewahrt werden könnten.¹

Die Anhänger der Opposition sahen in dem Argument, das Land sei zu klein, um Parteien zu ertragen, nur einen Vorwand, während es in Wirklichkeit um die Ablehnung der von dieser Partei geforderten ausgedehnten Volksrechte gehe.

Der Zeitpunkt, zu dem die Opposition sich formierte und in einer gut vorbereiteten Aktion auf Anhieb vier Abgeordnete ihrer Richtung in der indirekten Landtagswahl von 1914 in den Landtag brachte, liegt vor den kriegsbedingten politischen Erschütterungen in Europa. Die Entstehung einer Opposition muss schon aus diesem Grunde aus landesinternen Bewegungen erklärt werden und steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den politischen Umwälzungen des Ersten Weltkrieges. Dagegen sind

¹ Oberrheinische Nachrichten (künftig: O. N.) 15. 1. 1915; Schädler, 8 f.

die Dynamik der verfassungspolitischen Forderungen im Schosse der Opposition und die Gründung von zwei Parteien kurz nacheinander ohne die politischen Veränderungen am Ende des Ersten Weltkrieges, von denen das Land auch direkt betroffen war, kaum denkbar. Unübersehbar ist aber auch hier, dass der vorhandene oppositionelle Kern die Voraussetzung dafür bildete, dass es in Liechtenstein 1918 zur Forderung nach einer Verfassungsreform kam, deren Verwirklichung den europaweiten Demokratisierungswillen schliesslich in einer spezifisch liechtensteinischen Form zum Ausdruck bringt. Die Parteien sind in diesem Prozess zugleich Motor und Produkt.

Wo aber liegen die Wurzeln der liechtensteinischen Parteien, d. h. wo nimmt jene oppositionelle politische Bewegung ihren Anfang, aus der schliesslich die «Christlich-soziale Volkspartei», die erste Partei Liechtensteins, hervorgeht? Für alle Liechtensteiner sichtbar, änderten sich mit dem ersten Erscheinen der «Oberrheinischen Nachrichten» am 25. April 1914 die Grundlagen der öffentlichen politischen Diskussion, denn von diesem Zeitpunkt an verfügte die politische Opposition über ein Sprachrohr. Doch reichen die Anfänge dieser Opposition weiter zurück. Ein Briefwechsel zwischen Dr. Wilhelm Beck, dem Redaktor der «Oberrheinischen Nachrichten», und Alois Frick von Balzers belegt, dass Beck nachweislich seit 1912 in der liechtensteinischen Öffentlichkeit in Erscheinung trat und für oppositionelle Anliegen Partei ergriff.

Eine Darstellung der Entstehungsgeschichte der liechtensteinischen Parteien muss daher im Jahre 1912 beginnen. In ihr werde ich drei Phasen mit unterschiedlichem Formalisierungsgrad des Parteiwesens unterscheiden.

Die erste Phase umfasst die vorparlamentarische Oppositionsbildung von 1912 bis 1914, sie endet mit dem bereits erwähnten Mandatsgewinn in der Landtagswahl von 1914. Die zweite Etappe der Entwicklung umfasst die oppositionelle Tätigkeit im Landtag, aber noch ohne eigentliche parteimässige Organisation. Sie dauert von 1914 bis 1917, eine Legislaturperiode. In der dritten Phase tritt mit dem Landtagswahlkampf 1918 die Opposition erstmals als Partei unter dem Namen Christlich-Soziale Volkspartei gegen eine Liste an, die ihren überparteilichen Charakter zum Hauptprogrammpunkt erklärt. Sie erhebt für sich den Anspruch, in Liechtenstein erst politisches Bewusstsein geweckt zu haben, das nun in beschleunigtem Tempo in politische Forderungen umgesetzt wird. Dieser Abschnitt umfasst das Jahr 1918 und endet mit der Gründung der Fortschrittlichen Bürgerpartei, die nun ihrerseits den Fortschritt in die richtigen Bahnen lenken will. Mit dieser Parteigründung ist der parteipolitische Rahmen für mehr als ein Jahrzehnt abgesteckt.

2. Die Sammlung oppositioneller Kräfte vor der Landtagswahl 1914

a) Dr. Wilhelm Beck als politischer Ratgeber und «Agitator»

Die Bildung einer Partei der politischen Opposition erfolgte in drei Etappen. Im Lichte der Öffentlichkeit liegen nur zwei von ihnen: das Erscheinen der «Oberrheinischen Nachrichten» seit dem 25. 4. 1914 und die Bildung einer «Fraktion» von vier Abgeordneten unter der Führung von Dr. Wilhelm Beck im neugewählten Landtag. Die Vorgeschichte der Zeitungsgründung ebenso wie die des Erfolges in der Landtagswahl 1914 sind dagegen bisher im Dunkel geblieben. Sie begegnen uns nur in unspezifischen Hinweisen auf «Agitation» auf der einen und als Zurückweisung von Verdächtigungen auf der anderen Seite.² Zum Verständnis der Vorgänge im Lande und des erstaunlichen Wahlergebnisses der Landtagswahl trägt eine vertiefte Kenntnis dieser Vorgeschichte bei.

Trotz einigen Hinweisen, die sich in der Literatur zu den Ursachen und Gründen für die Bildung von Parteien in Liechtenstein finden, ist die zentrale Frage, warum es zur Politisierung des öffentlichen Lebens kam und wie dieser Prozess mit der späteren Parteibildung zusammenhängt, bisher noch nicht befriedigend beantwortet. Zwar ist zu Recht der programmatische Zusammenhang zwischen den demokratischen Forderungen der Volkspartei von 1918 und der demokratischen Bewegung von 1848/49 betont worden³, aber da es keine historische Kontinuität zwischen 1848/49 und dieser neuen demokratischen Bewegung gibt, ist die Frage nur scheinbar geklärt. Unberücksichtigt bleibt dabei auch, dass dieses Programm eigentlich erst für die dritte Entwicklungsphase, die öffentliche Präsenz einer politischen Partei, gilt. Erst in diesem organisatorischen Entwicklungsstadium, dem eine Veränderung der internationalen politischen Rahmenbedingungen korrespondiert, wurde ein verfassungspolitisches Programm formuliert; ein Programm, das zu dem Zeitpunkt, an dem wir die Anfänge der Politisierung des öffentlichen Lebens zu suchen haben, überhaupt noch nicht möglich war.

Im Jahre 1981 hat Peter Geiger in einem Vortrag die Anfänge der oppositionellen Bewegung unter Führung von Dr. Wilhelm Beck ohne nähere Be-

² Liechtensteiner Volksblatt (künftig: L. V.) 25. 1. 1918; O. N. 15. 1. 1915.

³ Wille, Regierung und Parteien, 61 f.

gründung auf das Jahr 1912 datiert.⁴ Geigers Aussage beruht auf der plausiblen Annahme, dass der junge Rechtsanwalt aus Triesenberg unverzüglich oppositionelle Kräfte um sich zu sammeln begann,⁵ nachdem er, ins Land zurückgekehrt, im Frühjahr 1912 die Aufmerksamkeit seiner Landsleute mit einer Veröffentlichung über «Das Recht des Fürstentums Liechtenstein»⁶ auf sich gezogen hatte. Denn diese Schrift zeichnete sich durch unverblümete, teilweise sehr kritische Urteile über die dargestellten Rechtsverhältnisse aus. Sie signalisierte dem Leser, dass der Verfasser nicht nur an der Darstellung, sondern auch an der Veränderung der Rechtsverhältnisse des Landes interessiert war. Auch die Regierung des Landes dürfte spätestens zu diesem Zeitpunkt von ihm Kenntnis genommen haben, zumal die einzige Landeszeitung zwei kurze Berichte über diese Veröffentlichung brachte.⁷ Für diese Datierung sprach auch, dass Beck im Jahre 1912 beruflich in die unmittelbare Nachbarschaft Liechtensteins zurückkehrte (Rechtsanwaltstätigkeit im Advokaturbüro Grünenfelder in Flums) und die öffentlichen Angelegenheiten des Landes direkt mitverfolgen konnte. In diesem Sinne lässt sich auch sein Eintritt in den Historischen Verein im selben Jahr deuten.⁸

Dass dieser Zeitpunkt – als spätestmöglicher – richtig bestimmt ist, lässt sich nun durch zwei grössere Aktivitäten Becks im Jahre 1912 belegen.⁹ Sie vermitteln zugleich einen Einblick in die Art seiner politischen Betätigung im Lande und in die Reaktionen von Seiten der politischen Institutionen.

Am 21. April 1912 nahm Dr. Beck auf Einladung an einer Aufklärungs- und Informationsveranstaltung der Gewerbegeossenschaft teil und übte dort harte Kritik an der Gewerbeordnung von 1910. Sein Name wurde in

⁴ Geiger, Volksvertretung, 52.

⁵ Mündliche Auskunft von Dr. Peter Geiger.

⁶ Selbstverlag des Verfassers, Zürich 1912.

⁷ L. V. 1. 3. 1912; vgl. JBL 15 (1915), 111.

⁸ JBL 12 (1912), 145.

⁹ Es sind Briefe von Dr. Wilhelm Beck erhalten, aus denen seine Beteiligung an den dargestellten Aktivitäten hervorgeht. 13 der erhaltenen 14 Briefe Dr. Becks an Alois Frick, Balzers, wurden zwischen dem 31. 3. 1913 und der Landtagswahl am 11. 3. 1918 geschrieben. Der letzte Brief ist undatiert. Sie sind sehr ungleichmässig auf den Zeitraum verteilt. 8 Briefe stammen aus dem Jahre 1913, von den restlichen je einer aus den Jahren 1915 und 1917 und drei aus dem Jahr 1918. Ein 14. Brief ist nur teilweise datiert (7. Januar 192.?) und betrifft eine ausstehende Abrechnung.

Im ersten Brief v. 31. 3. 1913 erwähnt er seine beobachtende Teilnahme und Kritik an der Entstehung der Gewerbeordnung, die im Jahre 1909 vom Landtag verabschiedet worden war. Wie seine Beschäftigung mit Liechtensteiner Politik zu diesem Zeitpunkt aussah, muss hier offen bleiben.

den Berichten des «Liechtensteiner Volksblatts» über diese Veranstaltung nicht erwähnt, aber einer der beiden Beiträge, ein «Einges.», bezeichnet den Verlauf der Veranstaltung als «sehr lebhaft» und stellt abschliessend fest, «dass auch bei uns nach und nach gelernt wird, seine Meinung an zuständiger Stelle zu vertreten.»¹⁰ An dieser Veranstaltung kam es nämlich, ohne dass dies dem Zeitungsbericht zu entnehmen ist, zu einem heftigen Disput zwischen Beck als Kritiker der Gewerbeordnung und dem Landtagsabgeordneten Fritz Walser, der wie der Referent und der anwesende Regierungssekretär Josef Ospelt das Gesetzeswerk verteidigten. Als Landtagsabgeordneter hat Beck später in kritischer Absicht daran erinnert, wie ihm, obwohl er recht gehabt habe mit seiner Einschätzung der Gewerbeordnung, bei der Veranstaltung begegnet worden sei.¹¹ Dieses Ereignis hat über den Nachweis für Becks öffentliches Auftreten hinaus für unseren Zusammenhang deshalb besondere Bedeutung, weil die Unzufriedenheit mit der Gewerbeordnung zu einem Anknüpfungspunkt für die Kooperation oppositioneller Kräfte wurde, wohl nicht zuletzt wegen der Rolle, die Beck dabei spielte.

In diesem Jahr war Beck ausserdem an einer Petition von Bürgern der Gemeinde Triesenberg beteiligt, deren Ziel es war, dass die Gewähr(schafts)leistung beim Viehhandel gesetzlich neu geregelt würde.¹² Diese sollte eingeschränkt, die Bestimmungen den in der Schweiz gültigen angepasst werden. Der Petition war ein Gesetzentwurf beigefügt. Fünf (darunter Planken) von elf Gemeinden schlossen sich der Petition an. Der Landtag beschloss dagegen einstimmig den Kommissionsantrag, der zunächst feststellte, dass es in dieser Frage keine einfache Lösung gebe, die Petenten machten es sich zu leicht! Es könne nicht einfach ein Stück aus einer Rechtsordnung in eine andere verpflanzt werden. Man sei deshalb gegen eine übereilte Gesetzesänderung, werde aber den Gegenstand im Auge behalten.¹³

Diesen misslungenen Versuch, mit einer Petition Einfluss auf den Landtag und die Gesetzgebung zu nehmen, interpretierte Beck sehr grundsätz-

¹⁰ L. V. 26. 4. 1912. Dass Dr. Beck an der Veranstaltung anwesend war, dort das Wort gegen die Gewerbeordnung ergriffen hat und es zu einem Disput mit dem Landtagsabgeordneten Fritz Walser von Schaan gekommen ist, entnehme ich dem Brief vom 31. 3. 1913 an Alois Frick & Konsorten in Mels, der als Schlüsseldokument in der liechtensteinischen Parteiengeschichte anzusehen ist.

¹¹ L. V. 19. 12. 1914.

¹² Brief Dr. Becks v. 31. 3. 1913; vgl. L. V. 20. 12. 1912.

¹³ L. V. 20. 12. 1912; vgl. L. V. 22. 11. 1912.

lich als Beweis, dass der Landtag sich über die Interessen und Wünsche der liechtensteinischen Bürger hinwegsetze und dass deshalb dort keine wirklichen Volksvertreter sässen. Er vertrat diese Auffassung gegenüber einigen Balzern, die ihn wegen einer Petition in Sachen Gewerbeordnung im März 1913 schriftlich um rechtlichen Beistand gebeten hatten.¹⁴

Die Anfrage ist ein weiterer Beleg dafür, dass Beck sehr schnell das Vertrauen seiner Mitbürger als Ratgeber in öffentlichen Angelegenheiten gefunden hat. Er hatte sich seinen Mitbürgern trotz seinem Studium nicht entfremdet, kannte sich mit ihren Problemen aus, hatte mit seiner Schrift über Liechtenstein sich als Kenner der Rechtsverhältnisse des Landes ausgewiesen und bot ihnen nun seine Hilfe an. Er solidarisierte sich mit den Interessen seiner Mitbürger und wollte ein Anwalt dieser Interessen gegen die öffentlichen Instanzen sein. Obwohl er den Bürgern nur legale Wege zeigte, ist es nicht verwunderlich, dass er damit den Unwillen derjenigen auf sich zog, die dies alles als Nörgelei und überzogene Kritik ansahen und darin nur das Misstrauen gegen die Arbeit der öffentlichen Institutionen, nicht aber die Wahrnehmung von Bürgerrechten sahen. Er selbst scheint durch freimütige Äusserungen das Seine dazugetan zu haben, diesen Eindruck und ein entsprechendes Bild seiner Persönlichkeit in der Öffentlichkeit zu verstärken.

Entscheidend ist jedoch der Inhalt des Antwortbriefes auf diese Anfrage. Er gibt uns Aufschluss über die praktischen Ziele Becks, seine Art des Vorgehens und zumindest einen Anhaltspunkt über den Stand der Mobilisierung von Opposition im Frühjahr 1913. Beck nahm in seinem Schreiben vom 31. März 1913 das Ersuchen um rechtlichen Beistand zum Anlass, einen viel grundsätzlicheren Vorschlag zu machen: Nachdem die Gewerbeordnung im Landtag einstimmig verabschiedet worden sei, habe eine Petition, wie sie den Ratsuchenden vorschwebte, wenig Aussicht auf Erfolg. Vielmehr müsse man aus der Differenz zwischen Landtagsentscheid und Volkswillen schliessen, dass im Landtag einfach nicht die richtigen Leute, d. h. zuverlässige Vertreter des Volkes, sässen. Da eine Petition aus diesen Gründen ohne Aussicht auf Erfolg sei, sollten die Adressaten alles daran setzen, damit der nächste Landtag anders zusammengesetzt sei. Nur so habe man Gewähr, dass eine Gesetzesrevision angestrebt werde. Die Landsleute – so die Anrede des Briefes – sollten sich zu-

¹⁴ Brief Dr. Becks v. 31. 3. 1913.

Entstehung der Parteien

sammenschliessen, um auf die nächsten Landtagswahlen Einfluss zu nehmen; sie sollten dafür sorgen, dass die richtigen Wahlmänner gewählt würden, damit diese die richtigen Abgeordneten wählten. Beck empfahl ihnen:

«Schliessen Sie sich zusammen zu einer Partei Gleichgesinnter, die im Rahmen der gesetzlichen Ordnung eine Besserstellung zunächst der eigenen Lage, dann aber auch anderer anzustreben suchen & hiezu werden Sie Mithilfe auch in anderen Gemeinden des Landes, vornehmlich des Oberlandes, finden, dessen kann ich Sie versichern. Suchen Sie sich auf die nächstes Jahr im Mai oder Juni stattfindende Wahl der Wahlmänner eine grosse Anhängerschaft zu erwerben, die treu & unentwegt zu Ihrer Fahne steht & die dann vorerst in der Gemeinde jene Ihres Vertrauens würdigen Wahlmänner erkürt, um dann in Vaduz die geeignetsten Landtagsabgeordneten auswählen zu können.

Natürlich muss dies alles im Stillen geschehen & nicht an die grosse Glocke gehängt werden, was bei uns ein Erbfehler, uns selbst zum Schaden, andern aber zum Nutzen & Vergnügen zu sein scheint.

Gerne bin ich bereit, Ihnen allen tatkräftig unter die Arme zu greifen, denn Ihr Interesse ist auch das meine, Ihre Sorgen sind Landssorgen & für diese soll mein Scherflein nicht fehlen.»¹⁵

Bereits bei dieser Gelegenheit bekundete Beck, dass er selbst sich in den Landtag wählen lassen würde. Es ist nicht dokumentiert, wie Frick und seine Mitinteressenten den Vorschlag Becks aufgenommen haben. Im September fand jedenfalls auf Einladung Becks eine Unterredung zwischen beiden in Trübbach statt, deren Gegenstand in der kurzen Einladung nicht genannt ist.¹⁶ Die Briefe, die Beck in den folgenden Wochen an Frick geschrieben hat, zeigen, dass die Wahlvorbereitungen nach dem vorgeschlagenen Plan im letzten Viertel des Jahres 1913 gute Fortschritte machten.¹⁷

Die ganze Unternehmung hatte einen konspirativen Zug, denn in jedem der nun folgenden Briefe beschwor Beck den Adressaten, nur ja alle ins Vertrauen Gezogenen zu grösster Verschwiegenheit zu verpflichten und

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Brief Dr. Becks an A. Frick v. 29. 9. 1913.

¹⁷ Briefe vom 9. 10., 22. 10., 4. 11., 7. 12., 13. 12., 17. 12. und 24. 12. 1913 an Alois Frick, Balzers; der Brief v. 7. 12. 1913 ist an Aug., Alois Frick & Jos. Kaufmann gerichtet.

selbst nicht zu offen und mitteilbar zu sein. Ziel war es, die Mehrheit der Wahlmänner im Oberland zu gewinnen und dies möglichst allein mit Wahlmännern der Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg zu schaffen, da Beck den Schaanern und Vaduzern nicht recht traute.¹⁸ Zu den Wahlaussichten entwarf Beck schon im November 1913 ein sehr optimistisches Bild, ob aus Überzeugung oder zum Ansporn der Helfer, sei dahingestellt.¹⁹

Angesichts der Zustimmung, die Beck und seine Helfer mit dem Vorhaben in Teilen der liechtensteinischen Bevölkerung fanden, wobei Beck selbst mit regelmässigen Nachfragen und eigenen Erfolgsmeldungen sowie Ermunterung anscheinend kräftig nachhalf, stellt sich natürlich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Aktivitäten dieses einzelnen Mannes und den politischen und sozialen Rahmenbedingungen. Was waren die Grundlagen und Voraussetzungen seines Erfolges?

Die Attacken Becks gegen Landtag und Regierung von Liechtenstein, denen sich seine Landsleute nun so willig anschlossen, waren nicht so unberechtigt, wie seine politischen Gegner glauben machen wollten. Der langjährige Landesverweser In der Maur (1884–1892, 1896–1913)²⁰ führte als Regierungschef ein selbstherrliches Regiment, nicht ohne Fürsorge, aber im Gefühl seiner Überlegenheit und mit Herablassung den Liechtensteinern gegenüber. Obwohl zum Regierungskollegium nominell auch zwei liechtensteinische Landräte gehörten, wurden sie praktisch nie zugezogen, protestierten aber auch nicht gegen diesen Ausschluss von der Regierungsmitwirkung.²¹ Der Landtag unter der Führung seines seit 1890 ununterbrochen amtierenden Präsidenten Dr. Albert Schädler trat dem Regierungschef nur in einigen Konfliktfällen entgegen, insgesamt dominierte der Regierungschef im Verhältnis zwischen Landtag und Regierung, und der Landtagspräsident leitete den Landtag seinerseits mit eher patriarchalischer Autorität. Die in der Verfassung von 1862 verankerte konstitutionelle Monarchie schrieb diese schwache Stellung der Volksvertretung nicht vor, liess sie aber allemal zu.²² Das indirekte Wahlrecht, das 1862 bei seiner Einführung verbreitet war, war im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts nicht nur in

¹⁸ Brief Dr. Becks v. 22. 10. 1913.

¹⁹ Brief Dr. Becks v. 4. 11. 1913.

²⁰ Vgl. Vogt, Rechenschaftsbericht, 42.

²¹ Geiger, Geschichte, 332.

²² Ebd.

Entstehung der Parteien

den Augen von Radikalen anachronistisch. Auch der Umstand, dass Liechtenstein an die Schweiz mit ihren ausgedehnten Volksrechten grenzte und eine beträchtliche Zahl von Liechtensteinern als Saisonarbeiter in der Schweiz unmittelbare Erfahrungen mit diesem System sammelten und die politischen Meinungen der Schweizer Arbeiter kennenlernten, konnte Anlass zu kritischem Vergleich und Unzufriedenheit geben. Selbst der Blick auf die Verhältnisse beim eng verbundenen Nachbarn Österreich belehrte darüber, dass dort bei vergleichbaren politischen Zuständen die Opposition sich zumindest in Parteien und Zeitungen ein Sprachrohr geschaffen hatte.²³

Die liechtensteinischen Verhältnisse waren demgegenüber durch eine apolitische Genügsamkeit gekennzeichnet, die schon deshalb trügerisch sein konnte, weil Unzufriedenheit vorhanden war, aber nicht artikuliert werden konnte. Es fehlte an Kenntnissen über die politische Ordnung in Liechtenstein, an Foren, z. B. einer politischen Zeitung, die den Kenntnisstand hätte verbessern können, und an einer politischen Auseinandersetzung im Landtag. Das Jahr 1912 war zudem ein schlechtes Erntejahr, und das Jahr 1913 wurde noch schlimmer, weil zusätzlich zu einer Missernte die Maul- und Klauenseuche den Viehhandel, den wichtigsten Exportzweig Liechtensteins, zum Erliegen brachte. Die Unzufriedenheit, die die neue Gewerbeordnung unter der Mehrheit der Gewerbetreibenden auslöste, kam hinzu.

Man kann nicht sagen, dass die Stimmung, auf die Dr. Beck mit seinen Vorstellungen traf, explosiv gewesen sei, aber es gab Anlässe genug, die zur Kritik herausforderten. Die Kombination aus objektivem politischem Rückstand, angespannter Wirtschaftslage und der Mobilisierungskraft Becks half die der Führung so bequeme Apathie der Bevölkerung überwinden.

b) Wahlkampf mit Hilfe der «Oberheinischen Nachrichten»

Angesichts der Presseverhältnisse in Liechtenstein war es nur konsequent, dass die führenden Männer des Unternehmens mit wachsendem Erfolg bei der Mobilisierung von Anhängern recht bald an ein Presseorgan dachten, mit dem sie ihre Anhänger ansprechen, ihnen die politischen Ver-

²³ Vgl. Bilgeri, 457–498.

hältnisse in Liechtenstein erläutern und die Auseinandersetzung mit möglichen politischen Gegnern führen konnten. Im Gegensatz zum äusseren Eindruck war die Gründung der Zeitung nicht der erste, sondern der zweite Schritt. Erst als sich abzeichnete, dass die Anhängerschaft in den Gemeinden ausreichen würde, um das Ergebnis der Landtagswahl beeinflussen zu können, wurde das Zeitungsprojekt verwirklicht.

Hier ist neben Beck ein weiterer Mann zu erwähnen: Josef Brunhart. Der Architekt aus Balzers war neben dem umtriebigen jungen Beck eine Vertrauensperson in würdigem Alter, ein Mann, der schon vorher für politische Aufklärung der Bevölkerung eingetreten war. Er hat sich allem Anschein nach schon früher für eine Zeitung eingesetzt. Seine Beteiligung an dem Aufbau einer Opposition können wir nur vermuten.

Ende November 1913 war das Zeitungsvorhaben so weit vorbereitet, dass die Vertrauensmänner, hier wieder Frick für Balzers, aufgefordert wurden, Zeichner zu gewinnen (zunächst 100-, später 50-Franken-Anteilscheine), um die Zeitung mit dem notwendigen Grundkapital von 5000 Franken auszustatten. Die Vorbereitungen sollten so weit vorangetrieben werden, dass das Blatt, wenn der richtige Augenblick gekommen sei, sofort erscheinen könne.²⁴ Für diesen Zweck sollten sowohl Listen der Anhänger als auch aller wahlberechtigten Bürger in den einzelnen Gemeinden angefertigt werden. Natürlich konnte ein solches Projekt in Liechtenstein nicht geheim bleiben, und so nimmt es nicht wunder, dass im ersten Leitartikel der «Oberrheinischen Nachrichten», einem Grusswort an den Leser und zugleich einer Art Programm für die Zeitung, auch die offensichtlich zahlreichen Gegner und Kritiker mit ein paar Bemerkungen bedacht wurden.²⁵

Über den Zweck der Zeitung hat sich Beck gegenüber Alois Frick schriftlich geäussert. Die Erläuterungen für den engen Helfer decken sich in einigen Punkten mit dem Programm in der ersten Nummer, darüber hinaus sprechen sie aber die «partei»politische Richtung deutlicher aus; insgesamt geben sie eine zutreffende Vorausschau auf die Themenschwerpunkte und Akzente in der Folgezeit:

«a) Schaffung eines Wochenblattes zwecks offener Aussprache über unsere Liechtensteiner Zustände. Es sollen die Tatsachen an Stelle der

²⁴ Brief Dr. Beck's an die Herren Aug., Alois Frick & Jos. Kaufmann v. 7. 12. 1913.

²⁵ O. N. 25. 4. 1914.

Entstehung der Parteien

phrasenhaften und unwahren Lobgesänge einer gewissen Seite treten. Gewerbe, Jagd, Sparkassawirtschaft etc. liefern dann günstige Aufsätze.

b) Es sollen die liechtenstein. Verhältnisse berücksichtigt werden und nicht die uns fremden, unbekanntenen und unpassenden Österreicher Verhältnisse. (Kampf allem solchen Zeug)

c) Es soll ein Blatt für unsere Arbeiter- und Kleinbauernbevölkerung geben, daher sollen die Landwirtschaft und der Arbeiterstand in erster Linie nebst den Landesangelegenheiten berücksichtigt werden.

d) Es solle die hohnsprechende, unwürdige Presszensur damit praktisch ausgeschaltet werden. — das ist kurz der Zweck. —»²⁶

Mit den «Oberrheinischen Nachrichten» kehrte die Politik in die liechtensteinische Presselandschaft zurück.²⁷ Im ersten Beitrag, dem schon erwähnten «Gruss dem Leser!», stellt das Blatt sein Programm vor. Dieser Artikel betont sehr stark den allgemeinen Zweck der «Belehrung und Schulung» und weist Beeinflussung in eine Richtung zurück. Das Blatt wolle

«den einzelnen nicht bevormunden, sondern ihm Tatsachen darbieten, sein Auge schärfen für die Grundsätze und auf diese Weise ihn zu einem selbständigen Urteil im einzelnen Fall zu führen suchen. (. . .)

. . . wir machen uns zur Aufgabe, das Anrecht des Bürgers auf Aufklärung über öffentliche Fragen zu befriedigen, seine Teilnahme hiefür noch zu wecken, zur Aussprache der Beteiligten unsere Dienste anzubieten. Bei jedem staatlich organisierten, nicht ganz unmündigen und unreifen Volk kann dies sicher nur vorteilhaft sein, vorteilhaft für den Staat, (. . .), vorteilhaft für die Bürger, wenn sie den Staat durch ihr Mitraten zur schmiegsamsten und sorgfältigsten Anpassung an die wirklichen Bedürfnisse des Volkes hinzuführen vermögen. (. . .)»²⁸

Diese Adresse wollte Bedenken gegen die neue Zeitung zerstreuen, um Wollwollen werben und den Leserkreis, den man ansprechen wollte, möglichst weit umschreiben. Aufschlussreich sind alle jene Aussagen, aus denen man den gegnerischen Vorwurf noch herauslesen kann. Dabei zeigt sich schnell, dass die Einwände, die wenig später gegen das Blatt vorgebracht worden sind, schon im vorhinein als Befürchtungen kursierten: dass das

²⁶ Brief Dr. Becks an die Herren Aug., Alois Frick & Jos. Kaufmann v. 7. 12. 1913.

²⁷ Die «Liechtensteiner Landeszeitung», die erste liechtensteinische Zeitung (1863–1868), wollte auch politische Bildung vermitteln. Vgl. Geiger, Geschichte, 310 f.

²⁸ O. N. 25. 4. 1914.

Blatt Unfrieden stiften und Zwietracht säen werde, dass es klassenkämpferische Ziele verfolge und der katholischen Kirche die Gefolgschaft versage.

Eine Zeitung, die über politische Themen informierte und zu politischen Fragen Stellung nahm, war für Liechtenstein wirklich ein Desiderat. Politische Bildung und politisches Bewusstsein waren im Land über Jahrzehnte nicht gepflegt worden, sie waren daher kaum vorhanden. Die einzige Zeitung für das Land übte ausdrücklich politische Abstinenz.²⁹ Über die Politik des Landes wurde allenfalls aus Anlass der Landtagssitzungen nur berichtet, nie wurde sie kritisch kommentiert. Die Redaktion dieser Zeitung, des «Liechtensteiner Volksblatts», lag seit 1897 in den Händen des vom Fürsten ernannten Abgeordneten und Landrats Meinrad Ospelt in Vaduz. Das Blatt war zugleich «Organ für amtliche Kundmachungen» und erhielt zur Wahrnehmung dieser Aufgabe einen Landesbeitrag von 200 Kronen jährlich.³⁰

Die neue Zeitung sollte freilich nicht so sehr einer allgemeinen politischen Bildung dienen, sondern sie war eindeutig als kritisches Organ gegenüber den politischen Institutionen des Landes und auch gegenüber dem bereits vorhandenen Presseorgan konzipiert. Zwischen den beiden Zeitungen war trotz gegenteiligen Beteuerungen ein feindseliges Klima vorprogrammiert. Die alte Zeitung stand bald vor der Frage, ob und wie sie auf die Konkurrenz der «Obrerrheinischen Nachrichten» reagieren sollte. Demgegenüber war die Linie der «Obrerrheinischen Nachrichten» klar.

Da die Landtagswahl 1914 eine indirekte Wahl war, waren auch die Möglichkeiten, die neue Zeitung für die Wahlentscheidung einzusetzen, nur indirekter Art. Es dominierten Sach- und Diskussionsbeiträge, die die Position der Obrerrheinischen Nachrichten verdeutlichen konnten und beim Leser den Schluss nahelegten, dass hier eine politische Aufgabe warte und in einer bestimmten Weise gelöst werden müsse. In dieser Absicht erschienen noch vor der Landtagswahl kritische Beiträge zur Gewerbeordnung («Die Unzufriedenheit mit der neuen Gewerbeordnung») und zum Steuerrecht («Unsere Staatssteuerprivilegien»).³¹ Ein so heikles politisches Thema, wie es das Landtagswahlrecht war, wurde mit aller Vorsicht behandelt. Neben Informationen, wie das Wahlrecht funk-

²⁹ Vgl. L. V. 16. 8. 1878.

³⁰ L. V. 4. 2. 1916.

³¹ O. N. 4. 7. 1914; vgl. L. V. 11. 7. 1914.

Entstehung der Parteien

tionierte, wurde Kritik nur in der Form eines allgemeinen Wunsches nach Einführung des direkten Wahlrechts angesprochen, so dass die Zeitung nicht selbst eine Forderung erhob, sondern lediglich Wünsche und Kritik aus der Bevölkerung wiedergab.³²

Zwei Themen lösten eine Diskussion zwischen den beiden Zeitungen aus, deren Bedeutung über den unmittelbaren Gegenstand hinausreichte. Beide Kontroversen wurden von den Oberrheinischen Nachrichten ausgelöst und hatten auch wahlpolitischen Charakter. In einem der ersten Beiträge, «Der Franken unseres Arbeiters»³³, ging es um die Bedeutung der Löhne liechtensteinischer Saisonarbeiter in der Schweiz für die liechtensteinische Wirtschaft. Der Artikel diente nicht nur der Anerkennung des Beitrages, den die Saisonarbeiter für die Wirtschaft des Landes erbrachten, sondern auch der Würdigung der Saisonarbeiter als Bürger – auch als Wahlbürger, wie sich hinzufügen lässt. Gleichzeitig enthielt dieser Artikel einige Spitzen gegen Österreich und setzte die wirtschaftliche Bedeutung, die Österreich für Liechtenstein hatte, herab. Dieser Punkt bestätigte das Volksblatt in seiner Auffassung, dass Beck für die Schweiz voreingenommen sei und gegen Österreich nur Vorurteile habe. Die Diskussion, die sich in Leserbriefen beider Zeitungen über viele Wochen erstreckte, zeigte auch die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen von Unter- und Oberländern, die sich in den beiden Zeitungen gegenüberstanden.³⁴

Der Entscheidung über ein eigenes liechtensteinisches Elektrizitätswerk, für die im Sommer 1914 der Landtag zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammentreten sollte, ging eine ausgiebige Diskussion in beiden Zeitungen über das Für und Wider voraus. Auch dies war ein Thema, bei dem es Interessenunterschiede zwischen Ober- und Unterland gab. Es war der Existenz des zweiten Blattes zuzuschreiben, dass es überhaupt zu dieser öffentlichen Meinungsbildung kam, an der sich in beiden Zeitungen ebenfalls zahlreiche Bürger beteiligten. In dieser Auseinandersetzung kam im Volksblatt stärker die vorherrschende Meinung im Unterland und in den Oberrheinischen Nachrichten praktisch nur die des Oberlandes zu Wort.³⁵

Zu den Zielen der neuen Zeitung musste es nicht nur gehören, bei Sachfragen zur Meinungsbildung beizutragen, sondern auch deutlich zu machen, wessen Interessen mit einer bestimmten Position verfolgt werden

³² O. N. 20. 6. 1914.

³³ O. N. 30. 5. 1914.

³⁴ O. N. 20. 6. 1914; L. V. 13., 20., 27. 6. 1914.

³⁵ O. N. 23. 5., 30. 5., 20. 6., 27. 7. 1913; L. V. 15. 5., 13., 20., 27. 6. 1914.

sollten. Obwohl die Oberrheinischen Nachrichten versuchten, sich mit einzelnen Beiträgen der Interessen aller grossen sozialen Gruppen anzunehmen – Landwirte (Steuerrecht), Gewerbetreibende (Gewerbeordnung, Steuerrecht) und Arbeiter (Fortbildung, soziale Anerkennung) – führten die Auseinandersetzungen zwischen den Zeitungen (redaktionelle Beiträge und Leserstellungen) schnell zu einer gewissen Konfrontation zwischen den Interessen der Unterländer und denen der Oberländer.

Vor den Wahlen kam es zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung, als das Volksblatt einen die Oberrheinischen Nachrichten betreffenden Artikel einer schweizerischen Zeitung mit der klaren Absicht abdruckte, die Ziele des Blattes dem Verdacht der Missachtung und Gefährdung der bestehenden politischen Verfassung einschliesslich der Stellung des Monarchen auszusetzen.³⁶ Die Oberrheinischen Nachrichten verteidigten sich direkt³⁷ und indirekt, indem sie einen Beitrag zur grundsätzlichen Aufgabe der Presse brachten. Die Presse möge das «Banner eines gesunden Fortschritts» vorantreiben.³⁸

Für die richtige Wahlentscheidung wurde in zwei Beiträgen geworben. Die Bürger wurden eindringlich auf die Bedeutung der Wahl aufmerksam gemacht. Sie sollten Personen wählen, die wirklich ihre Interessen vertreten. Es sei «männlicher, in den offenen Wahlkampf zu treten und nur die Person seines Vertrauens zu wählen, als dann wieder 4 Jahre lang Winkelschimpfereien und Nörgeleien zu betreiben.»³⁹ Ein weiterer Beitrag («Zu unsern Wahlen») erschien erst nach der Wahl der Wahlmänner, und es ist dem Text nicht eindeutig zu entnehmen, ob er (verspätet) an die Urwähler oder an die Wahlmänner gerichtet ist. Jedenfalls sollten die Vertrauensleute des einfachen Volkes gewählt werden, die dessen Wünsche von ihm selbst sich haben sagen lassen. Ferner heisst es:

«Es schadet nichts, wenn bei der Beratung unserer Landesangelegenheiten lebhaft und eingehende Auseinandersetzungen etc. stattfinden. In diesem Sinne, Liechtensteiner, bedenket die Bedeutung der derzeitigen Landtagswahlen und lasset euch durch nichts irre machen! Mehrere Wähler».⁴⁰

³⁶ L. V. 1. 8. 1914; vgl. L. V. 15. 8. 1914.

³⁷ O. N. 22. 8. 1914.

³⁸ O. N. 12. 9. 1914.

³⁹ O. N. 8. 8. 1914.

⁴⁰ O. N. 12. 9. 1914.

3. Frischer Wind im Landtag: Die Opposition wird aktiv

a) Die Bildung einer Fraktion

Von den fünfzehn Abgeordneten des neuen Landtags waren sieben zum erstenmal gewählt. Darunter waren vier Abgeordnete der «neuen Richtung», alle für das Oberland.⁴¹ Der erste «Wahlkampf» war also durchaus erfolgreich gewesen.

Entsprechend dem Wahlverfahren war jeder Abgeordnete ein unabhängiger Volksvertreter, gewählt von den Wahlmännern seiner Landschaft. Die Landtagswahl war eine reine, indirekte Persönlichkeitswahl. Traditionell hatten die besten Wahlchancen Männer mit einem öffentlichen Wirkungskreis in ihren Gemeinden: vor allem Ortsvorsteher, Postmeister und Gastwirte;⁴² meist übten sie mehr als eine dieser Tätigkeiten gleichzeitig oder nacheinander aus. Fast alle waren ausserdem Landwirte. Es gab indessen auch Abgeordnete, die «nur» Landwirte waren, aber in ihren Gemeinden öffentliche Ämter bekleidet hatten oder bekleideten. Ortsvorsteher und Postmeister gehörten zu den wohlhabenderen Bürgern ihrer Gemeinde und verdankten ihr Amt auch ihrer sozialen Stellung. Aufgrund ihres Amtes oder als Wirte standen sie in engem Kontakt mit sehr vielen Bürgern. Die Landtagsabgeordneten waren vor allem Vertreter von Gemeindeinteressen. Sie waren allesamt mit den Problemen ihrer Dörfer gut vertraut und fest verwurzelt in der dörflichen Sozialordnung. In ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit hatten sie in gewissem Umfang Erfahrungen in öffentlichen Angelegenheiten gesammelt und konnten ihren Standpunkt auch in einem etwas grösseren Kreis vortragen. Ein Redeparlament war der liechtensteinische Landtag jedoch nach seiner mehrheitlichen Zusammensetzung nicht.

Ausser den Vertretern der agrarischen Bevölkerung wurden immer auch einige aus dem kleinen Kreis der Gebildeten in den Landtag gewählt oder vom Fürsten ernannt. Ärzte, Tierärzte, Geistliche und Lehrer bildeten diese Gruppe, der im Landtag die Führungsrolle zufiel. So waren alle vier

⁴¹ Der Abgeordnete Albert Wolfinger, der zu dieser Gruppe gehörte, war im vorherigen Landtag als Stellvertreter 1913 für den verstorbenen Xaver Bargetze nachgerückt, er war also im Landtag nicht ganz neu.

⁴² Vgl. Vogt, Landtag, 120.

Landtagspräsidenten zwischen 1862 und 1918 Mediziner. Dabei fallen überdies ihre langen Amtszeiten sowie die Tatsache auf, dass drei der Männer einer einzigen Familie angehörten.⁴³

Zur Gruppe um den Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Beck gehörten der Architekt Josef Brunhart (nach dessen Tod im Dezember 1914 der Landwirt Wendelin Kindle), der Landwirt Albert Wolfinger und der Schmied Josef Sprenger. Wie nicht anders zu erwarten, unterschied sich die soziale Zusammensetzung der Minderheitsgruppe nicht nennenswert von der der Mehrheit. Mit Ausnahme von Beck hatten alle bereits öffentliche Ämter innegehabt.

Angesichts der Argumente, mit denen für die Wahl der Männer um Beck geworben worden war, war zu erwarten, dass sie anders als gewohnt im Landtag auftreten würden. Einem grundlegenden Wandel des parlamentarischen Stils durch den Austausch einer so grossen Zahl von Abgeordneten wirkte jedoch schon äusserlich die Kontinuität in der Landtagsleitung entgegen. Das Präsidentenamt blieb in den Händen von Dr. Albert Schädler, der übrigens in der Landtagswahl durch die höchste Stimmenzahl bestätigt worden war. Ob mit der Wahl des Architekten Brunhart zum Vizepräsidenten neue Akzente hätten gesetzt werden können, blieb wegen dessen plötzlichen Todes im Dezember 1914 unerprobt. Das Vizepräsidentenamt übernahmen für 1915 Lorenz Kind und für 1916/17 Meinrad Ospelt. Beide waren vom Fürsten ernannte Landtagsabgeordnete und langjährige Landräte. Der dritte vom Fürsten ernannte Abgeordnete, Alfons Feger, war einer der beiden Sekretäre (Protokollführer).⁴⁴

An die Abgeordneten um Beck knüpften sich Erwartungen, die gleichsam auf die Einlösung eines Wahlversprechens zielten.

Dieses Versprechen umfasste unausgesprochen

1. die Zusage jedes einzelnen, sich gegenüber den bisher im Landtag dominierenden Kräften nicht mundtot machen oder mit fadenscheinigen Argumenten abspeisen zu lassen;
2. die Ausschöpfung der Rechte, die die Verfassung dem Landtag insgesamt und den einzelnen Abgeordneten einräumte;
3. die Bereitschaft, Forderungen aus der Bevölkerung im Landtag einzubringen, ihre Behandlung durchzusetzen und dafür einzutreten;

⁴³ Geiger, Volksvertretung, 52.

⁴⁴ Vogt, Landtag, 328.

Entstehung der Parteien

4. und nicht zuletzt die Verpflichtung, gegenüber den Abgeordneten, die nicht zur eigenen Gruppe gehörten, erkennbar eigenständig aufzutreten.

Ein Verhalten, das sich an diesen Grundsätzen orientierte, war noch kein Programm im Sinne einer «Partei», aber es hatte doch programmatischen Charakter, was das Verhalten anging. Es war zudem im Kern oppositionell, indem es sich gegen viele Routinen und damit gegen das Verhalten derjenigen richtete, die dem Landtag jahre- oder gar jahrzehntelang ihren Stempel aufgedrückt hatten. Allein in dem Anspruch, dass erst die Abgeordneten der neuen Richtung richtige Volksvertreter seien, lag eine Herausforderung an die Institution und die Mitabgeordneten.

b) Die «Parlamentarisierung» des Landtages

Die parlamentarische Tätigkeit, die sich auf dieser Grundlage entwickelte, hatte eine inhaltliche und eine formal-prozedurale Seite. Beide waren wichtig für die Etablierung eines neuen, «politischen» Geistes. In dieser Phase kommt der Infragestellung bisher praktizierten Verhaltens, der Berufung auf parlamentarische Verhaltensweisen, die anderswo längst eingeführt waren, vielleicht sogar die nachhaltigere Wirkung zu. Ein selbstbewusstes, auf Rechte pochendes Auftreten der Abgeordneten sollte das Gewicht des Landtages insgesamt heben und das politische Bewusstsein der Bevölkerung entwickeln – ein Bewusstsein dafür, dass die Abgeordneten etwas tun mussten, damit Forderungen nach Veränderung Gegenstand der parlamentarischen Debatte werden konnten, und dass sie im Ringen um verschiedene Möglichkeiten einen Kompromiss finden mussten. Das war im Grunde nichts Neues, aber der Ablauf der Debatte änderte sich grundlegend. Der Landtagspräsident war nicht mehr zugleich Diskussionsführer und vermittelte gegebenenfalls zwischen der Landtagsauffassung und der Position des Regierungskommissärs, sondern es kam nun immer öfter zu einem rhetorischen Schlagabtausch zwischen dem Landtagspräsidenten auf der einen und Dr. Beck auf der anderen Seite. Die Amtsführung des Landtagspräsidenten war nicht länger der Diskussion entrückt.

Die Landtagsarbeit blieb nicht mehr in den eingefahrenen Traditionen, die sich über Jahrzehnte in dem kleinen Land herausgebildet hatten, sondern sie wurde von einigen Parlamentariern nun an Massstäben gemessen, die von aussen hereingetragen waren.⁴⁵ In dieser Hinsicht war die Landtags-

⁴⁵ Sehr kritisch Schädler, 8 f.

arbeit zwischen 1914 und 1918 eine Periode der Erprobung von Möglichkeiten, die die Verfassung von 1862 bot, und zugleich weitete sich das Blickfeld für Veränderungen, die eine Verfassungsreform einschliessen würden. Eine Wirkung auf das Bewusstsein der Bevölkerung wurde vor allem durch die ausführliche Berichterstattung über die Landtagssitzungen in den beiden Zeitungen erreicht. Diese gewann dadurch an politischer Brisanz, dass Beck in den Oberrheinischen Nachrichten nach eigenem Stenogramm berichtete, während das Volksblatt die sogenannten Genehmigten Protokolle abdruckte.

In der Praxis gab es eine Reihe von Ansatzpunkten, um Bestehendes in Frage zu stellen.

Gleich in der ersten Session wurden traditionelle Traktanden in ungewöhnlicher Weise behandelt. Die bisher eher routinemässige Genehmigung der *Landesrechnung* und die Lesung des *Finanzgesetzes* wurden nun erstmals zur Diskussion über verschiedene Ausgabenposten genutzt und eine nähere Aufschlüsselung der Rechnungen gefordert.⁴⁶ Hierher gehört auch die in einer späteren Session vorgebrachte Forderung nach ausreichenden, den Abgeordneten individuell auszuhändigenden *Haushaltsunterlagen*, damit die Abgeordneten überhaupt erst ihr Mitentscheidungsrecht ausüben könnten.⁴⁷

Die ausgiebige Nutzung des *Rederechts* durch Dr. Beck veränderte den Charakter der Verhandlungen. Auf diese Weise wurde das quantitative Übergewicht der Reden von Landtagspräsident und Regierungschef, dem ja auch ein qualitativer Einfluss auf die Entscheidungen entsprach, gemindert. Es schwand auch der Eindruck, dass der Landtag führungsbedürftig sei. Gleich in der Landtagssession von 1914 löste Dr. Beck einen milden Tadel des Präsidenten aus, als er bei der Lesung des Finanzgesetzes beim Punkt «Gewerbsteuer» eine rundum kritische Rede zur Gewerbeordnung hielt.⁴⁸

Eng mit der für die Verhandlungen des Landtages ungewöhnlich extensiven Nutzung des *Rederechts* gerade durch Dr. Beck entwickelte sich ein weiterer Streitpunkt, der ebenfalls von grundsätzlicher Bedeutung war. In welchem Umfang sollten die Parlamentsdebatten dokumentiert werden? Während Dr. Beck eine Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs in

⁴⁶ L. V. 19. 12. 1914 und O. N. 12. 12. 1914; L. V. 26. 12. 1914 und O. N. 8. 1., 15. 1. 1915.

⁴⁷ L. V. 12. 11. 1915; O. N. 6. 11. 1915; O. N. 10. 11. 1917.

⁴⁸ L. V. 19. 12. 1914.

Entstehung der Parteien

den *Landtagsprotokollen* forderte, nicht zuletzt weil er seine eigenen Reden nicht ausführlich genug referiert fand im Vergleich zu den ausführlich wiedergegebenen Redebeiträgen des Regierungschefs, blieb es nach dem Votum des Landtagspräsidenten bei der bisher üblichen zusammenfassenden Berichterstattung. Bei der ersten dieser Gelegenheiten reagierte er etwas ungehalten und fertigte Dr. Beck mit dem Hinweis ab, stenografierte Protokolle seien etwas für grössere Parlamente, sie selbst seien indessen eher einem Gemeinderat vergleichbar, und grosse Reden würden im Landtag nicht gehalten.⁴⁹

Dieser Auffassungsunterschied ist charakteristisch für die am reinsten von Dr. Albert Schädler verkörperte konservative Landtagstradition, die sich einem wirklich parlamentarischen Stil als unangemessen widersetzte.

Im Laufe der Wahlperiode kam es zu einem Konflikt über die Rechte des Landtages gegenüber dem Regierungschef wegen der Kompetenzen der Landesnotstandskommission (Beratung der Regierung oder Entscheidung). In diesem Konflikt standen sich schliesslich Regierungschef und Landtag gegenüber; er wird zu Recht als Beleg für die wiedererwachenden demokratischen Bestrebungen im Lande angeführt.⁵⁰ Gerade dieser Fall zeigt aber auch, wie zögerlich dieser Weg von der Mehrheit beschritten wurde. Diese stimmte der Forderung nach Entscheidungskompetenz erst zu, nachdem der Regierungschef sich mit einer Entscheidung, die im Lande heftig kritisiert wurde, über den Beschluss der Kommission hinweggesetzt hatte.⁵¹ Dagegen hatte Beck bereits 1915 seine Wiederwahl in diese Kommission vergeblich abgelehnt mit der Begründung, er wolle nicht Mitglied einer Kommission sein, deren Beschlüsse nicht ausgeführt werden müssten.⁵² 1916 kam es aus demselben Anlass zu einer hitzigen Debatte zwischen dem Regierungskommissär und Beck, und dabei wurde deutlich, dass der Konflikt nicht nur zwischen diesen beiden schwelte, sondern dass das Problem der «Beschluss(un)fähigkeit» auch schon in der Kommission selbst erörtert, aber noch nicht befriedigend gelöst worden war.⁵³ Ausser dem Sachverhalt selbst, der schliesslich im Sinne der Kommission entschieden wurde, ist ein Argument der Auseinan-

⁴⁹ L. V. 12. 12. 1914.

⁵⁰ Geiger, Volksvertretung, 52.

⁵¹ L. V. 7. 12. 1917.

⁵² L. V. 17. 12. 1915.

⁵³ L. V. 19. 1. 1917.

dersetzung von Bedeutung. Dr. Beck erinnerte dem Regierungschef gegenüber daran, dass die liechtensteinische Regierung rechtlich nicht nur aus einer Person, d. h. dem Regierungschef, bestehe, sondern dass zur Regierung auch die liechtensteinischen Landräte gehörten.⁵⁴ Diesen Gedanken hat Beck in der Folgezeit nicht mehr fallen gelassen, und er hat seine Forderung nach einer Demokratisierung der Regierung als eine Neubelebung und Weiterentwicklung dieses in der Verfassung von 1862 angelegten Regierungskollegiums interpretiert. Immer stärker stellten die Oberrheinischen Nachrichten Forderungen, die die Beteiligung des Volkes an der Regierung betrafen, in den grösseren Zusammenhang der europäischen Ereignisse. So wurde 1917 das direkte Wahlrecht auch für Liechtenstein als unverzichtbar erklärt.⁵⁵

Die Gewährung des direkten Wahlrechts durch den Fürsten diene der institutionellen Aufwertung des Landtages als Volksvertretung; sie war damit ein weiterer Schritt auf dem von der Opposition eingeschlagenen Weg. Die Diskussion, die darüber im Landtag geführt wurde, spiegelte die zwiespältigen Gefühle, die diese Veränderung bei den traditionellen politischen Kräften im Landtag auslöste. Die Gegner von Parteien befürchteten nämlich, dass nun die Entwicklung in Richtung Parteiwesen voranschreiten werde.

Die neue politische Richtung verfolgte jedoch auch inhaltliche Ziele im Landtag. Der Antrag auf Revision der Gewerbeordnung wurde bereits erwähnt. Mit Blick auf den Ausgangspunkt der politischen Aktivität von Beck ist das Ergebnis nicht ohne Ironie. Obwohl die Initianten nur bescheidene Änderungen durchsetzen konnten, wurden diese einstimmig beschlossen. Bedingt durch die Auswirkungen des Krieges traten immer stärker die Notstandsmassnahmen in den Vordergrund der Landtagsdebatten. Hier ergaben sich die Differenzen weniger aus den Zielsetzungen als aus der Uneinigkeit über den richtigen Weg und die einzusetzenden Mittel.

Bei den Erfolgen des Landtages zwischen 1914 und 1918 schrieb Beck dem Wirken seiner Gruppe viel zugute. Er selbst war nicht nur ein engagierter Redner, sondern auch ein fleissiger und mit vielen Aufgaben betrauter Abgeordneter. Er gehörte seit seinem Eintritt in den Landtag der

⁵⁴ O. N. 1. 12. 1917.

⁵⁵ O. N. 12. 5., 25. 8. 1917.

Finanzkommission an, war Referent wichtiger Gesetze, so des Gesetzes über die Vermittlerämter (hier hatte er als Jurist im Auftrage des Landtags einen Gesetzentwurf ausgearbeitet) und der Reform der Landtagswahlordnung. Umgekehrt verstand er es, bei der Organisation der Notstandsmassnahmen vor allem als Kritiker aufzutreten, nie selbst für irgendetwas verantwortlich zu sein, obwohl er in den Jahren 1915–1917 Mitglied der Landesnotstandskommission war. Er betätigte sich hier überwiegend als Kassandra einerseits, als Rufer in der Wüste andererseits. Seinen besseren Vorschlägen sei niemand gefolgt, so dass er die Fehlentwicklung zwar vorausgesehen habe, sie aber nicht verhindern konnte. Liest man daraufhin die zahlreichen Beiträge zu diesem Problem in den Oberrheinischen Nachrichten, so zeigt sich freilich, dass natürlich auch er nicht über ein Patentrezept verfügte.

4. Von der Oppositionspartei zum Parteiensystem

a) Die Landtagswahl 1918: Volkswahl gegen Parteienwahl?

Mit der Schliessung des Landtages am 7. Januar 1918 ging die Wahlperiode 1914–1917 zu Ende. Am 11. März 1918 sollte die erste Wahl nach der neuen Landtagswahlordnung stattfinden, d. h. eine allgemeine, geheime und direkte Wahl.

Der erste offene Landtagswahlkampf spielte sich zum grössten Teil in den beiden Zeitungen ab. Das Volksblatt war nach einem Redaktionswechsel zum Jahresbeginn besser für die Auseinandersetzung gerüstet als bisher. Die Zeitung bemühte sich zwar darum, im Vergleich mit den Oberrheinischen Nachrichten eine unabhängige, überparteiliche Zeitung zu sein, aber sie war jetzt unverkennbar kämpferisch. Die zahlreichen Leserbeiträge in beiden Zeitungen vermitteln darüber hinaus eine Ahnung von den Aktionen und Reaktionen der Bürger im Zusammenhang mit dem Wahlkampf.

Die Wahlauseinandersetzung begann in beiden Zeitungen bereits parallel zur abschliessenden Würdigung der Arbeit des alten Landtages. Während das Volksblatt dessen Leistungen keineswegs höher bewerten wollte als die früherer Landtage,⁵⁶ zogen die Oberrheinischen Nachrichten eine sehr

⁵⁶ L. V. 25. 1. 1918.

positive Bilanz, die sie natürlich vor allem der Arbeit «ihrer» Abgeordneten zuschrieben.⁵⁷ Vom Wahlkampf bestimmt waren auch die Urteile über die Abgeordneten. Das Volksblatt warf den Abgeordneten um Beck vor, sie seien diesem gegenüber nicht unabhängig und Beck selbst gebärde sich als «Parteigewaltiger» und «Diktator».⁵⁸ Umgekehrt plädierten die Nachrichten für eine weitgehende personelle Erneuerung des Landtages und für einen Rückzug altgedienter Abgeordneter.⁵⁹

Das neue Landtagswahlrecht hat die grundsätzlichen Einstellungen der beiden politischen Lager zunächst nicht verändert. Die Opposition hielt sich an die von Beck im Kommissionsbericht zur Änderung der Landtagswahlordnung vertretene Position, Parteien gebe es, ob man das nun wolle oder nicht, sie seien «eine notwendige gesellschaftliche Entwicklung».⁶⁰ Die Opposition wollte Parteien und ging im Wahlkampf von der Konkurrenz zweier Parteien aus. Das Volksblatt erhob seine gegensätzliche Position in dieser Frage sogar zu einem Programmpunkt: «Keine Parteiungen, sondern Freiheit des einzelnen Abgeordneten»,⁶¹ und in einem Artikel ist zu lesen:

«Und erst die Parteibildung! Nein, *wir* wollen keine Partei; eben das ist's, was uns nicht jene anderen Wege gehen lässt. Wir wollen aufrechte, selbständige Volksvertreter, die ihre eigene Meinung vertreten. Wir sind nicht in einem Grosstaat, sondern eben in Liechtenstein. Was es aber mit der Parteibildung von seiten gewisser Leute für eine Bewandnis hat, darüber ein andermal mehr.»⁶²

Und an anderer Stelle heisst es:

«Sie (die Volksvertreter, H. M.) sollen alle nur *einer* Partei angehören und diese soll heissen die *Partei der Liechtensteiner!* Möchten die Wähler sich nicht von gewissen Agenten beeinflussen und übertölpeln lassen, den geheimen Machenschaften aus dem Wege zu gehen und ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abgeben.»⁶³

⁵⁷ O. N. 12. 1., 9. 2. 1918.

⁵⁸ L. V. 22. 1. 1918.

⁵⁹ O. N. 5. 1., 12. 1. 1918.

⁶⁰ O. N. 26. 1. 1918.

⁶¹ L. V. 22. 2. 1918.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

Entstehung der Parteien

Im Rückblick zeigt sich, dass dies nur eine Zwischenstation auf dem Weg zum Parteiensystem war. Mochten die Wahlkampfgegner auch hinsichtlich Parteien unterschiedliche Vorstellungen haben, im Wahlkampf traten sie wie Parteien gegeneinander an, und der Wahlkampfstil ist dem späterer Wahlkämpfe schon sehr ähnlich.

Das Volksblatt führte für seine überparteiliche Position zwei Grundsätze ins Feld. Seine Wahlliste enthalte auch Kandidaten, die der gegnerischen Partei angehörten, und die Abgeordneten sollten im Landtag keinerlei Abstimmungszwang unterworfen sein. Das Programm der Wahlliste sollte daher mehr Orientierungs- und Empfehlungscharakter haben, nicht aber die Abgeordneten auf bestimmte Abstimmungspositionen festlegen.⁶⁴ Diese Grundsätze richteten sich direkt gegen den Abgeordnetentyp, den man beim politischen Gegner kritisierte.

Beachtung verdienen in diesem Zusammenhang die Entstehung der Volksblatt-Liste und das von ihr präsentierte Programm. Bereits in den Kommentaren zum neuen direkten Wahlrecht hatte das Volksblatt nach einer eher skeptischen Befürwortung der Wahlrechtsänderung⁶⁵ betont, dass man die Wahl nicht der Einflussnahme der oppositionellen Kräfte überlassen dürfe. Jeder habe eine gesteigerte Verantwortung durch seine direkte Stimmabgabe. Auf ihre Verantwortung beriefen sich auch einige Männer um das Volksblatt, als sie nach einigen Treffen dem Volk ihre Wahlliste vorlegten, damit die Wahl möglichst aus dem Sog des Parteiwesens herausgehalten werde. Dem schlechten Einfluss, der nach Auffassung des Volksblattes in der letzten Wahl sich gezeigt hatte, sollte auf diese Weise gegengesteuert werden.⁶⁶

Die Kandidatenliste des Volksblattes für das Oberland wurde als erste Wahlliste überhaupt veröffentlicht.⁶⁷ Sie enthielt auch die Namen von zwei Männern, die der Gegenseite zuzurechnen waren, einer war Dr. Wilhelm Beck. Die Liste war indessen kein Kompromiss zwischen der parteifeindlichen Mehrheit und der Oppositionspartei, sondern sie war ohne vorherige gegenseitige Abstimmung zustandegekommen. Die Liste enthielt acht Namen für sieben Mandate. Zwei Abgeordnete des alten Landtages, der

⁶⁴ L. V. 22. 2., 8. 3. 1918.

⁶⁵ L. V. 25. 1. 1918.

⁶⁶ L. V. 1. 2., 15. 2. 1918.

⁶⁷ L. V. 22. 2. 1918.

Triesenberger Ortsvorsteher Josef Gassner und Dr. Wilhelm Beck, wurden alternativ für ein Mandat vorgeschlagen. Die Kandidatenauswahl wurde begründet:

«Einstimmig herrschte die Ansicht, dass in den kommenden Landtag Männer gehören, von denen wir hoffen können, dass sie alles vermeiden, was die liechtensteinische Selbständigkeit in den jetzigen und kommenden ernsten Zeiten gefährden könnte.»⁶⁸

War Dr. Beck mit Blick auf diese Zielsetzung ein ernstgemeinter Kandidat, da er doch jene Partei führte, gegen die sich diese Aussage richtete?

Auch das Programm wirft in dieser Hinsicht Fragen auf. Von den neun Punkten sind sechs inhaltlich unproblematisch. Es sind dies die Entwicklung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens, der Bau des Lawenawerkes, eine Reform des Steuerwesens, die Abänderung der Jagdverhältnisse, die Schaffung eines modernen Pressegesetzes und die Errichtung eines Krankenhauses. Zu dreien dieser Punkte hatte die Opposition im alten Landtag Initiativen vorgelegt, sie beanspruchte daher ein Urheberrecht.⁶⁹

Dagegen konnten die ersten beiden und der letzte Punkt des Programms sich nur gegen die Oppositionspartei richten, wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten. Sie lauten:

«Selbständigkeit und monarchische Verfassung Liechtenstein.
Keine Parteiungen, sondern Freiheit des einzelnen Abgeordneten.
Beibehaltung des Zollvertrages mit Österreich.»⁷⁰

Mit welchem Programm trat die Opposition tatsächlich vor die Wähler und wie reagierte sie auf die Unterstellungen im Programm des Gegners? Sie empfahl sich den Wählern mit ihrer bisherigen Arbeit im Landtag und dem Versprechen, u. a. für die Reform des Jagd- und Steuergesetzes und eine aktive Verkehrs- und Wirtschaftspolitik einzutreten. Zu allen drei Gegenständen hatten ihre Abgeordneten noch im alten Landtag Anträge eingebracht. Als diese Punkte sich auch im Programm der Volksblattliste fanden, kommentierte Beck dies genüsslich. Verschiedene Beiträge in den Oberrheinischen Nachrichten sollten indessen beim Wähler den Verdacht näh-

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ O. N. 2. 3. 1918; vgl. O. N. 23. 2. 1918.

⁷⁰ L. V. 22. 2. 1918.

Entstehung der Parteien

ren, dass nur die Volkspartei diese Ziele ernsthaft verfolge, so dass derjenige, dem an diesen Programmpunkten wirklich liege, allein sie wählen dürfe.

In einem etwas grundsätzlicheren Verständnis wollte die Opposition ausdrücklich eine Partei des Fortschritts sein; denn die gegenwärtige Zeit stelle besondere Anforderungen: «Es sind neue Zeiten angebrochen; sie erfordern neue Anschauungen und neue Männer.»⁷¹ In diesem Selbstbild bleibt das Ausmass der Fortschrittsorientierung ziemlich unbestimmt. Folgt man den Überlegungen Becks, so befand sich Europa in einer Zeit des Umbruchs, und niemand konnte genau wissen, welche Rechte sich die Völker noch erringen würden; auf jeden Fall mussten die Regierungen demokratischer werden, und Liechtenstein sah er in dieser Beziehung durchaus im Vergleich mit anderen europäischen Völkern.

Dem Volksblatt und seinen Anhängern bot die programmatische Vagheit in diesem Bereich eine willkommene Angriffsfläche. Der Partei wurde Nähe zu liberalem und sozialistischem Gedankengut, Gleichgültigkeit gegenüber der katholischen Kirche und eine kritische bis umstürzlerische Haltung gegenüber der Monarchie nachgesagt. Allerdings wurde diese Kritik öffentlich nur indirekt ausgesprochen. Sie wurde vor allem auf der unteren Ebene mündlich kolportiert. Dass sie nicht nur vereinzelt zu hören war, sondern zum Normalbestand der zwischenparteilichen Verdächtigungen gehörte, kann daran ermessen werden, wie häufig diese Vorwürfe in den Oberrheinischen Nachrichten als unbegründet zurückgewiesen wurden.⁷² Als Wille der Frage nach den Unterschieden zwischen den Parteien in der Zeit der Verfassungsreform nachging, zeigte er auf, dass die Fortschrittliche Bürgerpartei gegenüber der Volkspartei massive Vorurteile hatte, was deren Verhältnis zur Monarchie anging, und dass die Zählebigkeit dieser Vorurteile auch auf deren Nützlichkeit im Parteienwettbewerb beruhte.⁷³

Die oppositionelle politische Richtung ordnete sich selbst von Anfang an dem Kreis christlich-sozialer Parteien in einem weiteren Verständnis zu, stiess damit aber im Lande auf Widerspruch. Mit der grundsätzlichen Ablehnung von Parteien für Liechtenstein war die Neigung verbunden, Parteienbildung mit dem Import ausländischer Parteideologien gleichzusetzen. Beck beschrieb seine Position zu der Ideologiefra ge einmal so:

⁷¹ O. N. 12. 1. 1918; vgl. O. N. 12. 5., 25. 8. 1917.

⁷² O. N. 23. 2. 1918.

⁷³ Wille, *Regierung und Parteien*, 73.

«In unserem Lande bestehen glücklicherweise keine auf verschiedener Weltanschauung beruhende politische Parteien. Es gibt bei uns keine konservative, keine sozialistische und keine liberale Partei, keine Republikaner usw., wie in anderen Ländern. z. B. im Kanton St. Gallen. (...) Die Weltanschauung der grossen Masse und auch der Leser und Anhänger dieses Blattes ist bei uns auf die katholische Religion gegründet. (...)

Von Parteien lässt sich bei uns höchstens in dem Sinne reden, dass die einen mehr den Fortschritt betonen, während die andern ein etwas langsames Tempo gegenüber dem Modernen halten. Wir wollen darum weder behaupten, dass die einen etwa Erzreaktionäre noch die andern Neuerer und Draufgänger seien. Immerhin ist dem Volke der Gegensatz bekannt, wenn auch dafür eine klare Formel zu fehlen scheint. Die Verschiedenheit der Anschauung unserer Leute sollte im Wesen nur in der sachlichen Auffassung beruhen. Verschieden kann die Auffassung sein, über den gesetzlichen Ausbau unserer Verfassung, über den Ausbau des Steuerwesens, die Förderung des Verkehrs und Hebung des Wirtschaftslebens überhaupt. Diese und andere Gebiete lassen der verschiedenen Auffassung weiten Raum. (...)»⁷⁴

Bei der Namensgebung, die schliesslich im Wahlkampf 1918 erfolgte, entschied man sich für den Namen «Christlich-Soziale Volkspartei»,⁷⁵ ohne dass die Gegenpole dieser politischen Richtung, Liberalismus und Sozialismus, eine Spannung im Parteiensystem hätten schaffen können. Für beides fehlten die sozialstrukturellen Voraussetzungen.

Die Ziele und das Wahlprogramm der Volkspartei hatten keinen revolutionären Charakter, und die Unterschiede zum Programm des politischen Gegners waren minimal. Im Wahlkampf, d. h. in den Beiträgen der Oberrheinischen Nachrichten unterstrich die Opposition die Unterschiede in den Sachpunkten. Sie betonte dabei, dass sie es war, die hier für Veränderung plädiert hatte, und führte die Sachpunkte daher auch als Belege für ihre Fortschrittsfreudigkeit an. Beck wollte das Land aus dem Schatten der europäischen Entwicklung herausreissen und es wirtschaftlich und politisch modernisieren.

⁷⁴ O. N. 16. 2. 1918.

⁷⁵ O. N. 6. 3. 1918; vgl. O. N. 23. 3. 1918.

Entstehung der Parteien

Die Männer um das Volksblatt verhielten sich widersprüchlich. Sie erklärten Gemeinsamkeit zum Ziel, aber der Grund dieser Forderung war das Misstrauen gegenüber dem politischen Gegner. Ihre Position war trotz den Übereinstimmungen in den Sachpunkten die einer konservativen, antidemokratischen Partei, die gegen eine Bedrohung ankämpfte, die sich erst in Umrissen abzeichnete. Natürlich warben sie damit um die Stimmen derjenigen, die die Zielsetzungen Becks ablehnten oder denen sie unheimlich waren. Dieses Konzept schloss jedoch die Möglichkeit einer Überwindung der parteipolitischen Spaltung aus.

Wenn man von Parteien spricht, so denkt man aus moderner Sicht nicht nur an ein Programm, sondern auch an eine Parteiorganisation. Charakteristisch für die Entstehung der Parteien in Liechtenstein ist indessen, dass formale Parteistrukturen überhaupt nicht geschaffen wurden. Es gab ein Netz persönlicher Beziehungen, und es gab ein paar Männer, die in diesem Netz die Fäden zogen. Die Anhänger wurden durch persönliche Kontakte gewonnen und wurden gegebenenfalls ihrerseits Werber für ihre Richtung.

Mit dem Ergebnis der ersten direkten Landtagswahl konnte die Volkspartei zufrieden sein. Von den Kandidaten, die auf ihrer Liste (im Oberland) standen, kamen fünf im ersten Wahlgang in den Landtag. Von der Liste der Gegenseite wurden drei Kandidaten gewählt. Obwohl zwei der Gewählten auf beiden Listen standen (Josef Gassner und Dr. Wilhelm Beck), war dies ein klarer Wahlsieg der Volkspartei im Oberland.

Insgesamt veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse nur um eine Stimme. Die Volkspartei erhielt fünf Mandate gegenüber vier im alten Landtag. Im Gesamtbild des Landtags trat das Gewicht der Volkspartei nach Wählerstimmen nicht deutlich in Erscheinung. Die Ernennung von Dr. Albert Schädler zum Abgeordneten durch den Fürsten erübrigte schliesslich sogar den Wechsel im Präsidentenamt. Dennoch signalisierte das Wahlergebnis, dass hinter der Oppositionspartei die Mehrheit der Bevölkerung im Oberland stand.

b) Die Bedeutung der liechtensteinischen «Revolution» für die Vollendung des Zwei-Parteien-Systems

Im Herbst 1918 zeichnete sich das Ende des Krieges ab; die habsburgische Monarchie war zerfallen, das verbliebene Deutsch-Österreich war besiegt, und Liechtenstein hatte allen Grund, besorgt in die Zukunft zu schauen. Wenige Tage, bevor der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammentrat,

kam in Deutschland das Ende des bisherigen Regierungssystems. An seine Stelle sollte eine demokratische Regierung treten. In Liechtenstein zog man durchaus die Parallele zwischen diesen Ereignissen und den politischen Verhältnissen im eigenen Land. Aus Anlass der bevorstehenden Landtagseröffnung am 3. Oktober 1918 wurde in den Oberrheinischen Nachrichten vorab das Thema angeschlagen, das das Land schon sehr bald in eine Krise stürzen sollte, die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung:

«Gegenwärtig zieht ein völkischer Zug durch alle Länder, besonders auch durch den deutschen Hain. Die Regierung soll mehr demokratischer – im guten Sinne – werden. Alle Volksschichten sollen Anteil haben an der obersten Leitung des Staates. Das Deutsche Reich ist auf dem besten Wege zur parlamentarischen Regierung. (...) Dieses Regierungssystem nimmt seinen Siegeslauf durch die Welt, trotz allen Anfeindungen. Wir Liechtensteiner müssen uns doch fragen, ob wir nach und nach nicht ebenfalls in einer unseren Verhältnissen entsprechenden Weise eine parlamentarische Regierung anstreben wollen. Es könnte dies dadurch geschehen, dass die beiden Regierungsräte jeweils nur im Einvernehmen mit dem Landtage auf eine Dauer von 2 bis 3 Jahren bestellt würden. Selbstredend müssten diese Herren einen entscheidenden Einfluss auf alle Regierungsgeschäfte, die nur kollegialiter zu behandeln wären, erhalten. (...)»⁷⁶

In dem Artikel, in dem diese Schlussfolgerung gezogen wurde, stehen auch einige allgemeine Überlegungen zur künftigen Landtagsarbeit, die nun von zwei Parteiströmungen bestimmt sein werde. Zum Wohle des Landes wurden die Parteien zu «einträchtigem Zusammenarbeiten» und zum «Burgfrieden» ermahnt, denn nur so könnten die zahlreichen Aufgaben, vor denen auch Liechtenstein mit dem Ende des Krieges stehen werde, mit Erfolg angepackt werden. Als Aspekte einer bevorstehenden Neuorientierung wurden die Überprüfung des Zollvertrages, die gewerbliche und industrielle Entwicklung des Landes und eben die Reform des Regierungssystems, d. h. eine Verfassungsreform, dargestellt. Lediglich auf den Friedensappell ging das Volksblatt zustimmend ein, alles übrige erwähnte es mit keinem Wort.⁷⁷

⁷⁶ O. N. 5. 10. 1918.

⁷⁷ L. V. 11. 10. 1918.

Entstehung der Parteien

Bereits am 14. Oktober forderte Dr. Beck vor dem Landtag in Anwesenheit von etwa 15 Zuhörern eine stärkere Mitwirkung des Volkes an der Regierung und eine parlamentarische Ausgestaltung derselben. Zur Konkretisierung erwähnte er das schon bekannte Modell der Kollegialregierung mit liechtensteinischen Regierungsräten und kündigte für die laufende Session einen entsprechenden Antrag an, der dann auch am 24. Oktober eingebracht wurde. In der Landtagsrede stellte Beck nicht nur die Verbindung zur Entwicklung in der Welt her, sondern er betonte den Zusammenhang zwischen direktem Wahlrecht und parlamentarischer Regierung. Um die Dringlichkeit seines Vorschlags zu unterstreichen, verwies er auf das gute Wahlergebnis der Volkspartei, und es sei nun die Aufgabe ihrer Abgeordneten, sich für die Wünsche des Volkes einzusetzen. Der Regierungschef zeigte keinerlei Entgegenkommen und tat die Forderung ab als «einen Eingriff in die Rechte der Krone, der ihm unangebracht erscheine. Er sehe weder die innere noch die äussere Berechtigung der Anregung ein.»⁷⁸ Auch das Volksblatt reagierte abweisend auf den Vorstoss.⁷⁹

Nachdem ein «Antrag betreffend Einführung einer parlamentarischen (Volksmit-)Regierung» wie angekündigt eingebracht worden war,⁸⁰ kam es auf einer Sondersitzung am 7. November, in der es um den Grenzschutz des Landes gehen sollte, überraschend zum Rücktritt des Landesverwesers Imhof mit der Begründung, er geniesse nicht mehr das Vertrauen des Landtages. Gleichzeitig schlug er die Wahl eines provisorischen Vollzugausschusses zur Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte vor. Nachdem die drei fürstlichen Abgeordneten vergeblich gegen die Wahl eines solchen Ausschusses und die Verfassungswidrigkeit des Vorganges protestiert hatten, wurde auf Vorschlag des Vizepräsidenten Friedrich Walser mit allen Stimmen der vom Volk gewählten Abgeordneten ein dreiköpfiger provisorischer Vollzugausschuss zur Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte gewählt. Als Vorsitzenden wählte der Landtag einen Liechtensteiner, den in Innsbruck als Anwalt lebenden Dr. Martin Ritter, als Regierungsräte Dr. Wilhelm Beck für das Oberland und Josef Marxer (nachdem Emil Batliner die Wahl abgelehnt hatte) für das Unterland. Der Initiator dieses Unternehmens war unbestritten Dr. Beck; die Rolle des vorher aus Innsbruck

⁷⁸ O. N. 19. 10. 1918; L. V. 1. 11. 1918.

⁷⁹ L. V. 18. 10. 1918.

⁸⁰ O. N. 2. 12. 1918.

⁸¹ L. V. 15. 11. 1918; O. N. 16. 11. 1918.

angereisten Dr. Martin Ritter ist nicht ganz klar. Die Ereignisse sind jedenfalls als liechtensteinische «Revolution» in die Geschichte des Landes eingegangen.

Die Einigkeit im Landtag machte mit den Reaktionen der Zeitungen einer politischen Spaltung der Bevölkerung und offensichtlich auch einer Ernüchterung der Abgeordneten Platz.⁸¹ Nach Meinung des Volksblattes hatte es zu der verhängnisvollen Entscheidung nur kommen können, weil die Abgeordneten, die nicht der Volkspartei angehörten, die Orientierung verloren, als der Landesverweser Imhof und der an Stelle von Dr. Schädler (wegen dessen Mandatsniederlegung) amtierende Vizepräsident Friedrich Walser die Bedenken der fürstlichen Abgeordneten hinsichtlich der Wahl des Ausschusses nicht teilten. Diese beiden sind deshalb vom Volksblatt stark getadelt worden. Allerdings sei der Druck der anwesenden Zuhörer, die alle Anhänger der Volkspartei gewesen seien, gross gewesen.⁸² Das Volksblatt rief als Reaktion auf die Ereignisse zu Ruhe und Besonnenheit und zur Treue gegenüber Fürst und Verfassung auf.⁸³

Die revolutionären Ereignisse waren nicht nur der Ausgangspunkt für die Verfassungsreform, die im Jahre 1921 zum Abschluss kam, sondern führten noch im Jahre 1918 zur Gründung der «Fortschrittlichen Bürgerpartei», dem parteimässigen «Zusammenschluss» der Männer, die hinter der Wahlliste des Volksblattes gestanden hatten. Der reaktive Charakter der Parteigründung wurde in einem Beitrag des Volksblattes folgendermassen zum Ausdruck gebracht:

«Solange das Volk nicht in Parteien gespalten, war die Gefahr nicht so gross, dass dem Lande eine von der Mehrheit nicht gebilligte Landespolitik aufgedrängt werden könnte. Heute aber, wo wir bereits eine wohlorganisierte, keine Opfer scheuende sogenannte «christlichsoziale Volkspartei» besitzen, (...) ist es unbedingt nötig, dass auch diejenigen sich sammeln, bei denen bisher Politik verpönt war.»⁸⁴

Ihrem Selbstverständnis nach wollte die Partei eine Sammlungsbewegung sein, der sich jeder Liechtensteiner anschliessen könne,

⁸² L. V. 15. 11. 1918.

⁸³ L. V. 6. 12. 1918.

⁸⁴ L. V. 27. 12. 1918.

Entstehung der Parteien

«der in Treue zu unserem Fürsten und Fürstenhause für einen gesunden, den Forderungen der Neuzeit und dem Wohle des Landes entsprechenden Fortschritt eintreten will, für einen Fortschritt in den Bahnen der Ordnung und Gesetzlichkeit.»⁸⁵

Der Formierungsprozess der liechtensteinischen Parteien ist mit der zweiten Parteigründung am 22. Dezember 1918 nicht abgeschlossen. Diese bildet freilich einen wichtigen Einschnitt, schafft sie doch einigermassen klare parteipolitische Alternativen für den mehrjährigen Prozess der Neuorientierung Liechtensteins in der entstehenden europäischen Nachkriegsordnung. Für die Konsolidierung der beiden Parteien bildet die politische Aufbruchstimmung am Ende des Ersten Weltkrieges eine nicht wegzudenkende Voraussetzung. Hier hat auch der Gegensatz der beiden parteipolitischen Richtungen seine historische Grundlage.

5. Schlussbetrachtung

Die Kleinheit Liechtensteins hat offensichtlich die Entstehung von Parteien nicht verhindert. Mittelbar hat die Kleinheit jedoch die Entstehung von Parteien verzögert. Kleinheit ist ein Faktor, der die Modernisierung von Gesellschaften in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht hemmen kann. Wenn man sagt, dass Liechtenstein auch deshalb lange ein rückständiges Land war, weil es so klein ist, dann ist dies eine der mittelbaren Erklärungen dafür, dass es in Liechtenstein erst vergleichsweise spät zur Gründung von Parteien gekommen ist.

In diesem Zusammenhang ist auch die gängige Erklärung zu betrachten, Liechtenstein habe keine Parteien entwickelt, weil es sozial homogen war. Diese Erklärung befriedigt deshalb nicht, weil sie zu der weiteren Frage zwingt: Warum kam es dann später zur Bildung von Parteien trotz der sozialen Homogenität der liechtensteinischen Bevölkerung? Eine modernisierungstheoretische Erklärung der Parteienentstehung schliesst demgegenüber auch politische Entscheidungen mit ein. Sieht man den Zeitpunkt und die Umstände, unter denen die liechtensteinischen Parteien entstanden, so können wir von einer Modernisierungsinitiative sprechen, die im Lande selbst ihren Keim hatte, aber durch die Umbrüche in Europa von aussen kräftige Anstösse erhielt. Die politischen Forderungen und Zielvorstellungen

⁸⁵ Ebd.

gen, die von der liechtensteinischen Opposition kamen, konnten leichter, schneller und erfolgreicher propagiert werden, weil die Umstände für Reformen günstig waren.

In dieser modernisierungstheoretischen Perspektive gibt auch der Umstand Sinn, dass der Reformwille zunächst auf die Landesverfassung zielte, dass aber die Kräfte, die die oppositionelle Partei trugen, ein Konglomerat verschiedenster Interessenlagen bildeten. Es war ein Wille nach Veränderung, der bei den meisten wirtschaftlich motiviert war. Die wirtschaftliche Modernisierung gehörte auch konkret in das Reformprogramm. Die Verfassungsreform sollte sozusagen die Grundlage für eine umfassende Landesentwicklung sein. Manche der abenteuerlich anmutenden Projekte von Beck belegen, dass er seine Modernisierungsvorstellungen an unternehmerischen Vorbildern des 19. Jahrhunderts orientierte; hier liegt der Ursprung des wirtschaftsliberalen Gedankengutes, das in der Volkspartei vorhanden war. Hinzu kam eine nationale und protektionistische Komponente, die mehr an konservative Industrialisierungspolitik erinnert.

Kleinheit wirkt sich ferner unmittelbar auf die Ausprägung des Parteiensystems aus. Da der Modernisierungsprozess in kleinen Staaten zeitlich verzögert ist, fehlen hier die Entwicklungsschritte, die in anderen Staaten die Parteienbildung nach sozial-strukturellen Konfliktlinien ausgelöst haben. Dabei bildet das Parteiensystem eines Kleinstaates wie Liechtenstein nur einen extremen Fall auf einer breiten Skala abweichender Fälle. Denn in Wirklichkeit haben nur in wenigen Staaten alle Modernisierungskonflikte zur Bildung einer Partei geführt. Verengt man den Blick auf die mitteleuropäischen Modernisierungsprozesse, so gab es zur Zeit der Entstehung der liechtensteinischen Parteien drei grosse Parteiströmungen, die Liechtenstein nicht direkt berührt hatten: Liberalismus, Konservatismus (mit oder ohne konfessionelle Ausrichtung) und Sozialismus.

Die erste Partei entsteht in Liechtenstein im Zusammenhang mit dem Modernisierungsprozess, der zugleich einen Unabhängigkeitsprozess einschliesst. Die Modernisierungspartei ist in ihrer Zielsetzung potentiell umfassend, d. h. sie schliesst Aspekte verschiedener vorhandener Parteiprogrammatiken, z. B. liberale Rechtsgrundsätze und sozialpolitische Ziele ein. Je nach Konfliktniveau kann es in dieser Konstellation zur Konfrontation von Modernisierungs- und Traditionskräften und damit zur Parteibildung kommen. Da in Liechtenstein die Modernisierungsbewegung mit einem kräftigen Schuss Nationalismus bzw. Elementen einer Unabhängigkeitsbewegung versetzt war, kam eine klare politische Alternative nicht in Frage.

Entstehung der Parteien

Die Entstehung der ersten Partei in einem Staat erfolgt stets gegen den Willen der bisherigen politischen Führung. Die Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder Personen um Macht und Einfluss im Staat bekommt etwas Dauerhaftes. Wie dieser Prozess abläuft, wie er von der Gesellschaft getragen und verarbeitet wird und wie er auf sie zurückwirkt, das vollzieht sich in kleinen Verhältnissen anders als in grossen Staaten. Die Verquickung der Beziehungen zwischen Bürgern und politischen Akteuren im Alltagsleben schliesst die Gefahr einer parteipolitischen Spaltung der Gesellschaft ein.

Interdependenzbeziehungen lassen sich im Prozess der Entstehung der liechtensteinischen Parteien in folgender Hinsicht ausmachen: Die politischen Entwicklungen in Österreich und der Schweiz werden zu Bezugsgrössen der politischen Diskussion in Liechtenstein. Die Diffusion von politischen Themen und die Rezeption von Programmen wird teilweise über die Sozialisation von Politikern vermittelt. Der Demonstrationseffekt, der vom institutionellen Wandel in den Nachbarländern ausgeht, führt zur Übernahme verfassungspolitischer Vorbilder. Hierzu zählt auch die positive Bewertung des Parteienwettbewerbs, wenngleich die Ablehnung von Weltanschauungsparteien ein liechtensteinisches Spezifikum darstellt, das wiederum auf die Kleinheit des Landes zurückzuführen ist.

Literaturverzeichnis

- Bilgeri, Benedikt, *Geschichte Vorarlbergs*, Bd. IV: Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien, Köln, Graz 1982.
- Dünser, Christof, *Kleines Land – Grosser Krieg*, in: *Vorarlberger Oberland 1/1989*, Hg. Rheticus-Gesellschaft, 27–64.
- Geiger, Peter, *Geschichte des Fürstentums Liechtenstein von 1848 bis 1866*, in: *JBL 70 (1970)*, 5–418.
- Geiger, Peter, *Die liechtensteinische Volksvertretung in der Zeit von 1848–1918*, in: *Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung der politischen Volksrechte, des Parlaments und der Gerichtsbarkeit in Liechtenstein*, Liechtenstein Politische Schriften (LPS), Bd. 8, Vaduz 1981, 29–58.
- Schädler, Albert, *Die Tätigkeit des liechtensteinischen Landtages in der Periode 1912 bis 1919*, in: *JBL 21 (1921)*, 5–56.
- Vogt, Paul, *125 Jahre Landtag*, Vaduz 1987.
- Vogt, Paul, *Der Rechenschaftsbericht des Landesverwesers Carl von In der Maur*, *JBL 88 (1990)*, 37–80.
- Wille, Herbert, *Landtag und Wahlrecht im Spannungsfeld der politischen Kräfte in der Zeit von 1918–1939*, in: *Beiträge zur geschichtlichen Entwicklung der politischen Volksrechte, des Parlaments und der Gerichtsbarkeit in Liechtenstein*, LPS Bd. 8, Vaduz 1981, 59–215.
- Wille, Herbert, *Regierung und Parteien. Auseinandersetzung um die Regierungsform in der Verfassung 1921*, in: *Probleme des Kleinstaates gestern und heute*, LPS Bd. 6, Vaduz 1976, 59–118.